

"Sechs Außenminister signierten Schuman-Plan" in Wiener Zeitung (19. April 1951)

Legende: Am 19. April 1951 kommentiert die Wiener Zeitung die Unterzeichnung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) durch die Außenminister Belgiens, der Bundesrepublik Deutschland (BRD), Frankreichs, Italiens, Luxemburgs und der Niederlande am Tag zuvor in Paris.

Quelle: Wiener Zeitung. 19.04.1951, n° 90. Wien.

Urheberrecht: (c) Wiener Zeitung

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"sechs_aeuuenminister_signierten_schuman_plan"_in_wiener_zeitung_19_april_1951-de-f9781e09-6196-4291-beed-34f8a4f191ed.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 19/09/2012

Sechs Außenminister signierten Schuman-Plan

Erste übernationale Einrichtung für 160 Millionen Europäer geschaffen

Wie der französische Außenminister Dienstag abend ankündigte, wurde gestern Nachmittag im Glockensaal des Quai d'Orsay der Schuman-Plan zur Verschmelzung der Kohlen- und Stahlindustrie Frankreichs, Westdeutschlands, Italiens, Belgiens, Hollands und Luxemburgs von den sechs Außenministern dieser Länder unterzeichnet. Der Unterzeichnung, die unter sechs Ausfertigungen der Dokumente erfolgte, wohnten fast 200 Journalisten bei. Nach der Unterzeichnung gaben die sechs Außenminister eine gemeinsame Erklärung ab, in der es unter anderem heißt:

„Unsere Regierungen haben in der Entschlossenheit, die jahrhundertalte Rivalität durch eine Verschmelzung ihrer wesentlichen Interessen zu ersetzen, die Grundlagen einer größeren und tieferen Gemeinschaft zwischen den Völkern, die einander so lange in blutigen Konflikten gegenüberstanden, zu errichten und das Fundament für Institutionen zu schaffen, die geeignet sind, von nun ab das gemeinsame Geschick zu leiten, den Beschluß gefaßt, eine europäische Kohlen- und Stahlgemeinschaft ins Leben zu rufen. Die vertragschließenden Parteien, die 160 Millionen Europäer vertreten, haben damit ihre Entschlossenheit bekundet, die erste übernationale Einrichtung zu schaffen und damit die realen Fundamente für ein organisiertes Europa zu legen. Dieses Europa steht allen europäischen Ländern, die die Freiheit der Wahl haben, offen. Wir hoffen fest, daß sich andere Länder unseren Bemühungen anschließen werden.“

In der Deklaration wird auch angekündigt, daß die Schuman-Plan-Länder andere Pool-Vorschläge, wie zum Beispiel für die Landwirtschaft, den Eisenbahnverkehr und die Kraftwerke, prüfen und durchzuführen bemüht sein werden. Diese Initiativen sollen raschest in eine politische Gemeinschaft eingebaut werden, deren Gedanke im Europarat entwickelt wird.

Die wichtigsten Änderungen

Der Vertragstext ist bekanntlich erst nach tagelangen Auseinandersetzungen endgültig fixiert worden. Die wichtigsten Änderungen gegenüber dem seinerzeit paraphierten Entwurf sind: Vorkehrungen zur Verhinderung einer systematischen Überstimmung der Länder im Ministerrat, der die oberste Verwaltungsbehörde überwacht, durch die Großmächte; Erhöhung der Mitgliederanzahl der hohen Behörde von fünf auf neun, damit jeder Mitgliedstaat wenigstens einen Vertreter in dieser Behörde hat. Ferner wurde eine Revisionsklausel eingesetzt, damit während der fünfjährigen Vertragsdauer Änderungen vorgenommen werden können. Die Übergangsperiode, bis der freie Handel und die Konkurrenzbedingungen des Pools voll zur Auswirkung kommen, wurde von fünf auf sieben Jahre verlängert. Die Schuman-Plan-Versammlung wird sich aus je 18 französischen und deutschen und aus je sieben italienischen und belgischen Mitgliedern zusammensetzen, während Holland und Luxemburg je vier Sitze erhalten werden. Die bedeutsamste Änderung besteht darin, daß in der obersten Verwaltungsbehörde das Nationalitätsprinzip eingeführt wird. Der französische Urheber des Plans, Monnet, hat immer darauf bestanden, daß die hohe Behörde übernational zu sein hatte und daß die Mitglieder nur auf Grund ihrer Fähigkeit ernannt werden sollen. Acht oder neun Mitglieder der hohen Behörde werden vom Ministerrat gewählt. Sie werden dann als neuntes Mitglied einstimmig den Vorsitzenden wählen.

Feststellungen Adenauers

Bundeskanzler und Außenminister Dr. Adenauer sagte deutschen Pressevertretern, mit dem Schuman-Plan sei der erste Versuch der modernen Geschichte geglückt, in Europa einen großen einheitlichen Wirtschaftsraum für die Grundprodukte Kohle und Stahl zu schaffen. Für die beteiligten Völker bedeute dies eine Vervollkommnung der internationalen Arbeitsteilung durch einen gemeinsamen Produktionsapparat und einen gemeinsamen Markt, ferner erhöhte Kreditwürdigkeit der europäischen Wirtschaft, eine Vergrößerung der Exportchancen, sowie eine Kostensenkung der Produktion und Verteilung auf lange Sicht. Für den einzelnen Europäer bedeute das mehr Güter zu billigeren Preisen und damit ein steigendes Lebensniveau. Der Schuman-Plan besitze aber noch viel größere Bedeutung, weil er der erste Schritt zur

Überwindung des nationalen Egoismus sei. Die sechs Staaten übertragen mit dem Plan ihre souveränen Rechte auf dem Gebiete von Stahl und Kohle auf eine übernationale Organisation. Da diese Grundstoffe für den modernen Krieg unerlässlich seien, entsagten sie damit für alle Zukunft der Möglichkeit, gegeneinander Krieg zu führen. Dr. Adenauer wünschte dann, daß auch die jetzt noch abseits stehenden Länder Europas insbesondere Großbritannien, sich sobald wie möglich dem gemeinsamen Bemühen anschließen möchten. Der erstrebte einheitliche Wirtschaftsraum für mehr als 150 Millionen Menschen würde dem Wirtschaftsraum der Vereinigten Staaten von Nordamerika gleichen, deren staunenswerte Entfaltung von Wohlstand und Kraft eben dadurch möglich geworden sei, daß keine staatlichen Hindernisse oder monopolistische Gedanken dem freien Güterausaustausch entgegenstehen.

Schumacher kämpft weiter

Der Führer der westdeutschen Sozialdemokraten Dr. Schumacher stellte fest, daß seine Partei den Schuman-Plan mit aller Macht und auf allen Sphären bekämpfen werde. Dieser Kampf sei nicht nur eine deutsche, sondern vor allem eine europäische Aufgabe, wenn sie im richtigen Sinne verstanden werde. Der Schuman-Plan sei nur eine Fortsetzung der Politik, die Frankreich seit dem Jahre 1918 verfolgt habe. Der einzige Unterschied bestehe nur darin, daß dort, wo das Wort „französisch“ stehen sollte, nunmehr das Wort „europäisch“ zu finden sei. Die westdeutsche Regierung habe in bezug auf die Saar-Frage ihre Pflicht verabsäumt. Deutschland könne im Hinblick auf das Saar-Problem nicht untätig bleiben, da Frankreich eine Politik der vollzogenen Tatsachen betreibe. Frankreich beabsichtige, den Vertrag erst nach den Neuwahlen zu ratifizieren. Es sei daher vollständig unsicher, ob es den Vertrag überhaupt ratifizieren werde. Die westdeutsche Regierung habe durch die Unterzeichnung eine ungeheure Verantwortung übernommen, denn der Schuman-Plan sei aus den durch die Besatzung gegebenen Bedingungen entstanden.

Dokumente über das Saarproblem

Bundeskanzler Dr. Adenauer und Außenminister Schuman tauschten Dokumente über das Saarproblem aus. Adenauer verlangte eine Bestätigung dafür, daß die französische Regierung mit der deutschen übereinstimme, daß die endgültige Regelung des Status des Saargebietes erst nach Unterzeichnung des Friedensvertrages oder eines ähnlichen Vertrages erfolgen würde und daß die französische Regierung die Unterschrift Deutschlands auf dem Schuman-Plan nicht als deutsche Anerkennung des gegenwärtigen Status des Saargebietes betrachte. Der französische Außenminister hat diese Bestätigung in einem Briefe gegeben.